

Teil II

Bestimmungen über die Erhebung eines Baukostenzuschusses und Erstattung der Anschlusskosten

§ 1 **Allgemeines**

Die nachstehenden Bestimmungen gelten nach dem Verursacherprinzip für Grundstücke in geschlossenen Ortslagen oder im Zusammenhang mit geschlossenen Ortslagen, soweit sie bebaut sind oder ihre bauliche Nutzung aufgrund eines Bebauungsplans oder anderer Rechte möglich ist. Für alle anderen Grundstücke behält sich die Gemeinde Sonderregelung auf vertraglicher Grundlage vor.

§ 2 **Gegenstand des Baukostenzuschusses**

Der Baukostenzuschuss dient zur Mitfinanzierung der Kosten für die Herstellung, den Ausbau und den Umbau der Abwasserbeseitigungsanlagen, bestehend aus dem auf die Gemeinde entfallenden Kostenanteil an der Zentralanlage, den Transportleitungen und den Straßenkanälen.

Der Baukostenzuschuss wird für das Nehmen eines Anschlusses erhoben.

§ 3 **Höhe des Baukostenzuschusses**

1. Der Grundbetrag für den Anschluss beträgt	4.900,00 EUR
2. Zum Grundbetrag gem. Ziff. 1 werden folgende Zuschläge erhoben:	
2.1 für die 2. Wohnung	2.600,00 EUR
2.1.1 für jede weitere Wohnung	2.100,00 EUR

§ 4 **Kosten der Grundstücksschmutzwasseranlagen**

Die Kosten für die Herstellung, den Aus- und Umbau der Grundstücksschmutzwasseranlagen einschl. Prüfschacht auf den Grundstücken und in den Gebäuden sind von den Benutzern in der tatsächlich entstandenen Höhe zu tragen.

§ 5 **Kostenpflichtiger**

Kostenpflichtig ist der Antragsteller. Ist er nicht Eigentümer oder dinglich Berechtigter an dem Grundstück, das versorgt werden soll, so hat er das Einverständnis des Grundstückseigentümers beizubringen.

§ 6 **Fälligkeit und Abschlag auf die Anlagekosten**

- (1) Die Gemeinde erhebt auf den Baukostenzuschuss eine Vorauszahlung. Die Vorauszahlung kann bis zu 100 % der voraussichtlichen Kosten betragen.
- (2) Ergeben sich nach Durchführung des Anschlusses Abweichungen von den Antragsunterlagen oder aus anderen Gründen (zusätzliche Kosten u. a.), so wird der zu wenig entrichtete Betrag nachgefordert oder der zuviel entrichtete Betrag zurück erstattet. Die Nachforderung ist 1 Monat nach Zustellung der Rechnung fällig.

§ 7 Geltungsbereich

Diese Regelungen gelten einheitlich für das gesamte Gemeindegebiet.

§ 8 Rechnungslegung

- (1) Einwände gegen die Rechnung sind nur innerhalb 21 Tagen nach Vorlage der Rechnung zulässig; sie berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder –verweigerung.
- (2) Nach Ablauf dieser Frist gilt die Rechnung als anerkannt.
- (3) Nach erfolgtem Anschluss werden fällige Beträge angemahnt. Die Mahngebühr wird nach § 12 und Anlage 1 der Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung –VVKO-) erhoben. Daneben hat der Anschlussnehmer Verzugszinsen nach § 11 Kommunalabgabengesetz des Landes Schl.-H. i. V. m. §§ 240 ff. der Abgabenordnung zu entrichten.

§ 9 Umsatzsteuer

Die jeweils gesetzlich festgelegte Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) wird gesondert erhoben.

§ 10 Aufrechnung

Eine Aufrechnung gegen Zahlungsforderungen nach diesen Bestimmungen ist nur mit schriftlich anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

§ 11 Änderungsklausel

Diese Bestimmungen können geändert oder ergänzt werden. Derartige Änderungen werden öffentlich bekannt gemacht, womit sie als zugegangen gelten. Sie werden Vertragsbestandteil.

§ 12 Inkrafttreten

GEMEINDE NIENDORF/B.
Der Bürgermeister
D.S.

Lesefassung der Bestimmungen über die Erhebung eines Baukostenzuschusses und Erstattung der Anschlusskosten – Teil II – einschl. des 3. Nachtrags vom 13.12.2001